

geschrieben 1985

Heike Janninghoff

Vom Abenteuer, eine parteinahe Stiftung zu gründen

Nachdem die GRÜNEN in den Niedersächsischen Landtag eingezogen waren, hatten sie, wie die anderen Parteien auch, Anrecht auf Förderung ihrer parteinahen Bildungsarbeit aus dem Landeshaushalt. So waren z.B. für die FDP jährlich 125.000 DM vorgesehen, die dann auch den GRÜNEN prinzipiell zugestanden werden sollten.

Angesichts dieses wenn auch nicht sehr üppigen Geldsegens stießen zu Anfang zwei recht unterschiedliche Konzepte aufeinander, die ähnlich in anderen Bundesländern und auch zur Zeit auf Bundesebene zu Kontroversen führen: Da wäre einmal die Möglichkeit, ein GRÜNES BILDUNGSWERK zu fördern, eng angelehnt und gesteuert durch die Landespartei. Die Verfolgung dieser Richtung wurde allerdings durch die von den Bundesgrünen eingereichte Klage beim Verfassungsgericht gegen die politischen Stiftungen der "Altparteien" (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Thomas-Dehler-Stiftung ...) gebremst. Mit dieser Klage soll verhindert werden, daß über die parteinahen Stiftungen versteckte Parteienfinanzierung betrieben wird. Außerdem ist ein solcher Ansatz nicht gerade gut mit dem grünen Prinzip der Dezentralität zu vereinbaren. Der gegensätzliche Pol der Diskussion war, daß das Geld ausschließlich der Bildungsarbeit der schon vorhandenen Bildungsinitiativen zu Gute kommen sollte, ohne jede Einflußnahme durch die grüne Partei.

In dieser Situation trafen sich Mitglieder mehrerer freier Initiativen mit Vertretern der GRÜNEN, um über die gemeinsamen Möglichkeiten zu diskutieren. Übereinstimmung wurde zunächst über die Frage erzielt, daß man das bereitliegende Geld zur Förderung der gemeinsamen Sache nutzen wollte, um so einen, wenn auch noch so kleinen Freiraum für die inhaltliche Arbeit nicht zu verschenken. Bei den weiteren Gesprächen schälte sich dann der folgende Kompromiß heraus, der sich in der Praxis der letzten Jahre auch sehr gut bewährt hat: Die GRÜNEN und die Bildungsinitiativen errichten eine gemeinsame Stiftung und fällen alle Entscheidungen in einem gemeinsamen Gremium.

Von uns aus hätte es nun bald losgehen können, doch vor das Geld hatte das Ministerium die Gründung einer Stiftung nach dem Stiftungsrecht gesetzt - jedenfalls im Falle der GRÜNEN, bei den anderen Parteien war man da wohl nicht so genau - jedenfalls tragen einige ihrer Landesstiftungen nur den Namen "Stiftung" sind aber als Vereine organisiert.

Nun ja - Schwierigkeiten sind ja bekanntlich dazu da, beseitigt zu werden, also faßten wir den Entschluß: Die Bildungsinitiativen und die GRÜNEN in Niedersachsen errichten eine gemeinsame Stiftung! - Doch dazu mußten sich die Gruppen erst ein gemeinsames Gewand geben. Das war die Geburtsstunde

des Vereins Niedersächsischer Bildungsinitiativen (VNB), ursprünglich mal als Hilfskonstruktion gedacht, unterdessen sehr lebendiges, wichtiges Forum des Austauschs und der gemeinsamen Weiterbildung. Auch die Hürde des nötigen Stiftungskapitals konnte dann noch mit einiger Anstrengung genommen werden - 50.000 DM wurden bei der Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken in Bochum festgelegt, verzinst mit 4%. Das nun wiederum gefiel der Stiftungsaufsicht nicht, es war ihr nicht geschäftstüchtig genug. Allerdings hat sie sich dann wohl doch von unseren Argumenten, so wenigstens sicher sein zu können, daß unser Geld dort nicht für gegen unsere Ziele gerichtete Projekte wie z.B. Rüstungsfinanzierung usw. eingesetzt werden wird, überzeugen lassen. Doch dies war nur einer der vielen Steine, mit denen die zuständigen Einrichtungen - Ministerium für Bundesangelegenheiten, Regierungspräsident, Landeszentrale für politische Bildung, Finanzamt ...) unseren Weg zu pflastern wußten. Doch so nach und nach konnten wir sie alle wegräumen - allerdings war es dann für das 1983er Geld leider zu spät - so ein Zufall !? Doch diese Probleme in den Außenbeziehungen setzten sich in unseren internen Diskussionen nicht fort, sie förderten eher im Gegenteil ein ausgesprochen solidarisches und fruchtbares Miteinander.

Unser "Niedersächsisches Modell" nahm so langsam Farbe und Konturen an. Alle Entscheidungen der Stiftung werden in dem Stiftungsrat gefällt, dem vier von den GRÜNEN und sechs von den Bildungsinitiativen benannte Vertreterinnen und Vertreter angehören. Es freut mich, rückblickend sagen zu können, daß wir bisher im Stiftungsrat nicht einmal eine Kampfabstimmung haben durchführen müssen, vielmehr eigentlich alle Entscheidungen einmütig treffen konnten. Ein wesentlicher Grundsatz unserer Arbeit war es, möglichst keinen organisatorischen Wasserkopf entstehen zu lassen. Daher ist die Stiftungsgeschäftsstelle jeweils einer Initiative angegliedert, um auch die Kosten dafür möglichst gering zu halten. So können wir den weitaus größten Teil des Geldes für die Finanzierung tatsächlicher Bildungsarbeit verwenden. Eines unserer ersten Projekte, das jetzt schon Tradition ist, war die Herausgabe einer Zusammenstellung der Bildungsangebote der verschiedenen Bildungsinitiativen. Seminare führt die Stiftung in der Regel in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Gruppen durch, was sich auch sehr bewährt hat. Unterdessen sind auch die Stiftungsaufsichtsgremien ganz zufrieden mit unserer Arbeit. Jedenfalls haben sich die Kontakte entschieden entkrampft.

Insgesamt gesehen kann ich sagen, daß wir wohl zu Recht ein wenig Stolz sind auf unser "Niedersächsisches Modell", das die grünen Grundsätze gut, sinnvoll und effektiv verwirklicht.